

2010 – Nr. 06
21. Apr. 2010

**„Bildung, Kultur(en), Außenpolitik
Impulse für die deutsche Auswärtige Bildungspolitik
und für die Entwicklung der internationalen Bildungsbeziehungen“**

**Internationaler Workshop zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
an der Universität Bayreuth (22. – 23. April 2010)**

Perspektiven der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und ihrer wissenschaftlichen Begleitung sind Themen des folgenden Interviews mit Ronald Grätz, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V., und Prof. Dr. Bernd Thum, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik (WIKA). Das Gespräch führte Christian Wißler M.A., Forschungsmarketing der Universität Bayreuth.

In Deutschland gibt es zahlreiche Institutionen und Organisationen, die an der Vermittlung von Sprache, Bildung und Kultur im Ausland beteiligt sind. Besteht, zumindest unter den maßgeblichen Akteuren, ein Konsens über die wesentlichen Ziele und Arbeitsfelder?

Ronald Grätz: Die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann bisher nicht zuletzt deshalb so erfolgreich agieren, weil die beiden Organisationen, die im engeren Sinne als Kulturmittler tätig sind – nämlich das Goethe-Institut mit seinem Netzwerk im Ausland und das Institut für Auslandsbeziehungen – sich in ihren Zielen und Aktivitäten ergänzen und gut miteinander abstimmen. Das gilt zum Beispiel für aktuelle Themenbereiche wie „zivile Konfliktprävention“, „Kultur und Klima“, „Kultur und Entwicklung“ oder für Aktivitäten im Bereich der

Vom 22. bis 23. April 2010 ist die Universität Bayreuth Gastgeber eines Workshops des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik (WIKA) im Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). Die internationale Tagung steht unter dem Leitthema:

„Bildung, Kultur(en), Außenpolitik
Impulse für die deutsche Auswärtige Bildungspolitik und für die Entwicklung der internationalen Bildungsbeziehungen“

Mit den folgenden „Ateliers“ rückt der Workshop die deutsche Auswärtige Bildungspolitik in ihren internationalen Zusammenhang:

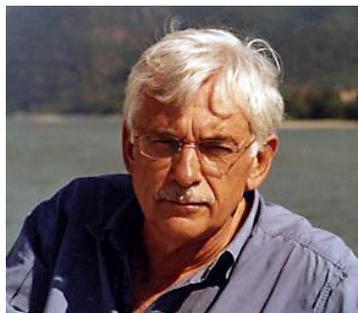
- Deutsche Bildungstraditionen im Kontext kultureller Vielfalt
- Europäische und außereuropäische Bildungskonzepte
- Internationale Bildungszusammenarbeit
- Bildungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft

Die Tagung wird vom WIKA in Zusammenarbeit mit dem Institut für Internationale Kommunikation und Auswärtige Kulturarbeit (IIK Bayreuth) e.V. sowie mit dem Fachgebiet Interkulturelle Germanistik der Universität Bayreuth organisiert.

Die Medien sind herzlich eingeladen.

Weitere Informationen zur Tagung:

www.ifa.de/pdf/wika/ws2010_flyer.pdf



Ronald Grätz, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa),
Stuttgart und Berlin (li.)

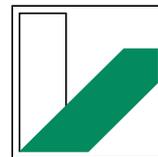
Prof. Dr. Bernd Thum, Karlsruher Institut für Technologie (KIT),
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik (WIKa) (re.)

Bildenden Kunst, wenn etwa Ausstellungen deutscher Kunst im Ausland gezeigt werden. Und auch in Bezug auf regionale Schwerpunkte gibt es Übereinstimmungen: Der Beitrag, den die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zum europäischen Einigungsprozess leisten kann, ist für das Goethe-Institut und für das ifa von zentraler Bedeutung, und ebenso die Zusammenarbeit mit den BRIC-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien und China. Hier finden die sog. „Deutschlandjahre“ statt: 2011/2012 in Indien und 2013 dann in Brasilien. Auf allen diesen Arbeitsfeldern stellen wir fest, dass die Themen der Kulturpolitik sich zunehmend mit allgemeinen politischen und sozialen Fragen vernetzen. Nehmen Sie zum Beispiel das Themenfeld „Kultur und Entwicklung“: Hier kooperieren wir schon heute nicht allein mit anderen Kulturmittlern, sondern auch mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wie dem Deutschen Entwicklungsdienst, der GTZ oder Inwent.

„Sinnvolles und fruchtbares Zusammenspiel mit dem Auswärtigen Amt“

In welchem Verhältnis stehen die kulturellen Mittlerorganisationen zum Auswärtigen Amt? Gibt es gemeinsame Gespräche mit dem Ziel, Schwerpunkte und Maßnahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu definieren und zu planen? Gerade in Hinblick auf die Vernetzung mit unterschiedlichen Politikbereichen liegt es doch nahe, dass die kulturellen Mittlerorganisationen ihre Expertise in solche Gespräche einbringen, statt lediglich eine politisch vorgegebene Agenda abzuarbeiten ...

R.G.: Ja, es wäre ganz falsch, wenn die kulturellen Mittlerorganisationen sich lediglich als nachgeordnete Behörden oder als Dienstleister verstehen würden, deren einzige Aufgabe darin besteht, außenpolitische Vorgaben umzusetzen. Das Gegenteil ist der Fall: Sowohl das Goethe-Institut als auch das Institut für Auslandsbeziehungen arbeiten partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit dem Auswärtigen Amt zusammen. Dabei profitieren beide Seiten von der jeweiligen Kompetenz des anderen. In den Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt erhalten wir wertvolle Einblicke in strategische Interessen und aktuelle Konstellationen der deutschen Außenpolitik, einschließlich der Außenkulturpolitik. Und umgekehrt



lernt das Auswärtige Amt aus dem Fundus der Beobachtungen und Erfahrungen, die wir in unserer täglichen Auslandsarbeit gewinnen. Einen Praxisbezug hat das Auswärtige Amt natürlich auch durch seine Auslandsvertretungen, aber wir als kulturelle Mittler erreichen mit unseren Gesprächskontakten und Aktivitäten ein viel breiteres zivilgesellschaftliches Spektrum in unseren Partnerländern. Aus der Reflexion über diese praktischen Erfahrungen erwächst eine besondere Expertise, die der diplomatische Dienst aus strukturellen Gründen nicht bieten kann. Von daher empfinde ich die Kooperation mit dem Auswärtigen Amt als ein außerordentlich sinnvolles und fruchtbares Zusammenspiel.

Deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: „Autonom, aber nicht autark“

Wie sollte sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Verhältnis zu anderen Politikfeldern positionieren – also etwa zur Entwicklungspolitik, Klimapolitik oder Sicherheitspolitik? Sollte sie sich als Ressort der Politik definieren, das seine Ziele und Maßnahmen nur im Zusammenwirken mit Akteuren aus benachbarten Politikfeldern konzipiert und umsetzt? Dies könnte einerseits ihre praktische Durchsetzungskraft erhöhen, hätte aber andererseits wohl den Nachteil einer stärkeren Abhängigkeit von der Tagespolitik und von internationalen Konflikten. Oder sollte sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik primär als eigenständig definieren und eher nur fallweise, wenn es konkrete Überschneidungen mit anderen Politikfeldern gibt, mit Akteuren aus diesen Bereichen kooperieren?

R.G.: Natürlich sollten beide Aspekte berücksichtigt werden. Es wäre unklug, wenn die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht in Netzwerken arbeiten und dabei ständig beobachten würde, was sie selbst und was benachbarte Politikfelder voneinander lernen können. Wir als kulturelle Mittlerorganisation dürfen und können das, was wir tun, keinesfalls isoliert betrachten. Aber wir sollten uns auch nicht ohne Not in politische Abhängigkeiten begeben. Es gibt Aktionsfelder, die wir als genuine Herausforderungen des Kulturdialogs betrachten und die wir als Mittlerorganisationen selbständig mit eigenen Kompetenzen bearbeiten. Dazu zählen insbesondere die auswärtige Sprachpolitik, die landeskund-

Das **Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa)** engagiert sich weltweit für die Vermittlung außenkulturpolitischer Informationen, den Dialog der Zivilgesellschaften und den Kunstaustausch. Es fördert Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in Austauschprogrammen und internationalen Konferenzen; zugleich setzt es sich für zivile Konfliktbearbeitung ein. Die Fachbibliothek des ifa in Stuttgart, die Zeitschrift **KULTURAUUSTAUSCH** und die Internetportale des ifa gelten als die wichtigsten Informationsforen zur Auswärtigen Kulturpolitik in Deutschland.

www.ifa.de

Der **Wissenschaftliche Initiativkreis Kultur und Außenpolitik (WIKa)** wurde 2004 vom Institut für Auslandsbeziehungen gegründet. Sein Ziel ist es, Außenkulturpolitik in Deutschland und Europa wissenschaftlich zu begleiten, im Dialog mit der Politik und den im Ausland tätigen Mittlerorganisationen Konzepte zu entwickeln sowie das Thema Außenkulturpolitik an Hochschulen in der Lehre zu fördern. Neben Hochschullehrern engagieren sich insbesondere auch Nachwuchswissenschaftler sowie Vertreter von Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik im WIKa.

www.ifa.de/info/wika



liche Information über Deutschland, der Wissenschaftleraustausch und auch der internationale Kunstdialog bis hin zur Repräsentanz Deutschlands bei der Biennale in Venedig. Grundsätzlich dient es dem Ansehen unserer Projekte, wenn wir in der Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern eine gewisse Eigenständigkeit und Unabhängigkeit an den Tag legen. Dies ändert freilich nichts daran, dass sich unsere Aktivitäten in internationalen und nationalen Interessenskonstellationen abspielen, von denen wir als Mittlerorganisation nicht einfach absehen dürfen.

Bertolt Brecht hat einmal notiert, die Kunst sei „autonom, aber nicht autark“. Gilt dies ebenso für die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik?

R.G.: Ja, das ist eine hübsche Formulierung, die ich gerne übernehme. Ich möchte behaupten: Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von unabhängigen Mittlerorganisationen betrieben wurde, hat Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten sehr viel Glaubwürdigkeit im Ausland beschert.

Kulturen als offene Systeme: Dialogorientiertheit der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

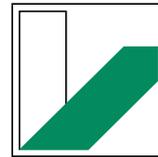
Im „Kulturportal Deutschland“, das vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, verantwortet wird, heißt es: „Die auswärtige Kulturpolitik [...] versteht sich als Beitrag Deutschlands zur Pflege des internationalen Dialogs zwischen Menschen und Kulturen.“ Die dialogorientierte Programmatik, die in diesem Internet-Portal zum Ausdruck kommt, ist aber keineswegs die einzige Konzeption Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik, die auf der internationalen Bühne anzutreffen ist. Ich denke beispielsweise an die zahlreichen Konfuzius-Institute, die in Deutschland und anderen europäischen Ländern gegründet wurden. In der Auswärtigen Kulturpolitik Chinas scheint es hauptsächlich darum zu gehen, China als Land mit einer großen eigenständigen Kulturtradition nach außen zu präsentieren; dementsprechend sollen die Institute dazu beitragen, Kenntnisse

Das **Institut für Internationale Kommunikation und Auswärtige Kulturarbeit (IIK Bayreuth) e.V.** wurde 1990 von Vertretern der Fachgebiete Interkulturelle Germanistik – Deutsch als Fremdsprache, Soziologie und Volkswirtschaftslehre der Universität Bayreuth gegründet. Seine Aufgaben umfassen Forschung, Lehre und Weiterbildung, insbesondere in den Bereichen Internationale Kommunikation und Interkulturelle Deutschstudien. In jedem Jahr veranstaltet das IIK Bayreuth in Zusammenarbeit mit der Universität Bayreuth eine Sommeruniversität mit Studierenden aus mehr als 40 Ländern.

www.iik-bayreuth.de

Das Fachgebiet **Interkulturelle Germanistik an der Universität Bayreuth** betätigt sich im Praxis- und Forschungsgebiet der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in vielfacher Weise. Es bietet regelmäßig Lehrveranstaltungen zur deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sowie zu den internationalen Kulturbeziehungen an und fördert Studien- und Examenarbeiten auf diesen Gebieten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Erarbeitung einer virtuellen (netzgestützten) Lehrveranstaltung zur „Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – internationale Kulturbeziehungen“.

www.intergerm.uni-bayreuth.de



über die Sprache und Kultur Chinas im Ausland zu verbreiten. Die Teilnahme an interkulturellen Dialogen, ja die gezielte Organisation interkultureller Prozesse – die Rückwirkungen auf die eigene Kultur nicht nur zulässt, sondern sogar anstrebt – scheint demgegenüber in den Hintergrund zu treten.

Wie sind derartige programmatische Unterschiede in der Auswärtigen Kulturpolitik aus wissenschaftlicher Perspektive zu beurteilen? Lassen sich, unabhängig von regierungspolitischen Vorgaben, aus einer autonomen Forschung heraus normative Standards und programmatische Leitlinien begründen, denen Auswärtige Kulturpolitik – gleich welcher Nation – im 21. Jahrhundert folgen sollte?

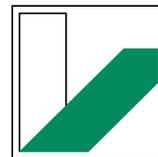
Bernd Thum: Die Dialogorientierung der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist schon seit den 70er Jahren in der Außenpolitik aller Bundesregierungen verankert. Es war der damalige Staatssekretär Ralf Dahrendorf im Auswärtigen Amt, der, gefolgt von einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags, diese Programmatik entwickelt und dann auch verbindlich gemacht hat. Lange Zeit war das Goethe-Institut unter den Organisationen, die im interkulturellen Bereich der Außenpolitik tätig waren, die einzige Einrichtung, die dieses dialogische Prinzip kultiviert hat. Das ist heute nicht mehr der Fall, weil sich auch andere kulturelle Mittlerorganisationen in Europa immer stärker dem Gedanken geöffnet haben, dass Außenkulturpolitik wesentlich darauf hinarbeiten muss, den Austausch mit fremden Kulturen zu fördern. Was die chinesische Kulturpolitik betrifft, so will ich mich in meinem Urteil zurückhalten, weil ich mit den Konfuzius-Instituten nicht hinreichend aus eigener Anschauung vertraut bin. Nach allem, was ich über deren Aktivitäten bisher erfahren habe, liegt aber der Eindruck nahe, dass dort – möglicherweise mitverantwortet von deutschen Partnern, die dem Prinzip des dialogischen Austauschs nicht genügend Beachtung schenken – eine eher expansive Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik betrieben wird, die in ihren Grundprinzipien veraltet ist. Eine derartige Programmatik würde den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen über interkulturelle Austauschprozesse nicht gerecht, und ich gehe davon aus, dass auch chinesische Kulturwissenschaftler diese Einschätzung teilen.

In der kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschung ist man sich heute weltweit darüber einig, dass es sich bei Kulturen um offene Systeme handelt, die als Systeme aus der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen leben und dadurch an innerer Dynamik gewinnen. Es sind Systeme, die sich fortwährend weiter entwickeln und – eben weil sie von Menschen gemacht sind – nur dadurch lebendig bleiben, dass Menschen in Kommunikation miteinander treten. Diese grundlegenden Erkenntnisse sollten sich auch in der internationalen Kulturpolitik niederschlagen.

**Das Ziel: Gemeinsame Wissensbestände und Wissensstrukturen.
Auf dem Weg zu einem „Wissensraum Europa – Mittelmeer“**

Internationale Kultur- und Bildungspolitik darf sich also nicht darauf beschränken, dass kulturelle Mittlerorganisationen einer Nation darauf hinarbeiten, Kenntnisse der jeweils eigenen Landessprache und der eigenen Kultur in andere Weltgegenden zu exportieren ...

Blick in die Forschung



UNIVERSITÄT
BAYREUTH

Mitteilungen der Universität Bayreuth

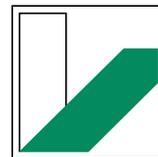
Forschungsergebnisse – Kompetenzen – Graduiertenausbildung – Technologietransfer

B.T.: Nein, auf keinen Fall. Die weltweite Verbreitung von Sprachkenntnissen, von kulturellem Wissen und von technischem Wissen, die allein schon durch die Prozesse der Globalisierung gefördert wird, ist natürlich besser als Unwissen. Aber im 21. Jahrhundert darf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht dabei stehen bleiben. Ihr eigentliches Ziel sollte es sein, über nationale und auch kontinentale Grenzen hinweg gemeinsame Wissensbestände und Wissensstrukturen zu schaffen. Dieses Ziel sollten die kulturellen Mittlerorganisationen in Deutschland mit Nachdruck anstreben, in konsequenter Fortführung ihrer bisherigen Orientierung an internationalem Dialog und interkulturellen Prozessen. Ein ganz wichtiges Medium sind dabei grenzüberschreitende Kultur- und Wissenschaftsprojekte.

Ein Beispiel für diese Form der interkulturellen Zusammenarbeit ist eine Initiative, die wir seitens des Instituts für Auslandsbeziehungen in Kooperation mit der Konrad Adenauer-Stiftung derzeit vorbereiten. Wir wollen im Sommer diesen Jahres in der marokkanischen Hauptstadt Rabat eine Gesellschaft „Wissensraum Europa – Mittelmeer“ gründen. Diese Initiative soll Wissenschaftler mit kulturellen Interessen aus allen Disziplinen, Schriftsteller, Journalisten und Lehrer – Männer und Frauen – in Hinblick auf das gemeinsame Ziel vereinen, Kulturwissen aus dem europäischen und dem nordafrikanischen, später dem gesamtmediterranen Raum zusammenzuführen, zu reflektieren und in strukturierte Wissensbestände zu überführen. Diese Prozesse werden natürlich auch unseren eigenen kulturellen Horizont erweitern.

Warum kennt in Deutschland eigentlich niemand Ibn Chaldoun, den bedeutenden Geschichtstheoretiker und Gesellschaftstheoretiker der arabischen Welt, der im 14. Jahrhundert in Nordafrika lebte und in mancher Hinsicht als Vorgänger von Macchiavelli gelten kann? Der Mittelmeerraum ist in der europäischen Geschichte über viele Jahrhunderte hinweg geprägt gewesen durch Austauschprozesse zwischen unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Wissensräumen. An diese Tradition will die neue Organisation anknüpfen. Sie soll eine europäisch-mediterrane Gesellschaft mit Sitz in Deutschland werden, die Mitglieder aus Nordafrika und Deutschland sowie aus weiteren europäischen Ländern – insbesondere aus Frankreich und Spanien – zusammenbringt. Zunächst wird der Maghreb eine Schwerpunktregion unserer Aktivitäten sein; aber sobald sich die Gesellschaft konstituiert und sich ihre Arbeit verstetigt hat, wollen wir, wie gesagt, auch den östlichen Mittelmeerraum einbeziehen.

R.G.: An der Initiative für einen „Wissensraum Europa – Mittelmeer“ lässt sich auch eine grundsätzliche Entwicklung ablesen, die ich sehr spannend finde; nämlich dass es zunehmend problematisch wird, Kulturräume mit Bezug auf nationalstaatliche Grenzen definieren zu wollen. Infolge der globalen Kunst- und Kulturströme scheint es immer weniger sinnvoll, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor dem Hintergrund einer Nationalkultur betreiben zu wollen. Lebendige Kulturen haben ein viel zu großes Eigenleben und ein zu großes Selbstbewusstsein, als dass sie sich mit tradierten nationalen Kategorien noch einfangen ließen.



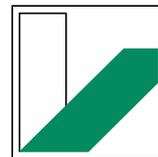
Deutschland als „Kultur- und Bildungsnation“

Auch in Deutschland gibt es keine homogene Nationalkultur, im Gegenteil: Deutschland ist geprägt von einer Vielfalt der Regionen, die ihre eigenen kulturellen Identitäten ausgebildet haben; Migranten entwickeln die aus ihren Heimatländern mitgebrachten kulturellen Gewohnheiten und Orientierungen weiter; die Lebensstile differenzieren sich immer weiter aus; und künstlerische Produktionen – sei es im Film, im Theater, der Musik oder in der Literatur – sind zunehmend von einem Zusammenwirken unterschiedlicher kultureller Einflüsse geprägt. Dieser Pluralismus bestimmt, so scheint es, auch die Selbstwahrnehmung des kulturellen Lebens im eigenen Land. Es gibt keinen einheitlichen Begriff deutscher Kultur, an dem sich die Menschen in Deutschland gemeinsam orientieren würden; ebenso wenig, wie es hierzulande einen allgemein etablierten Bildungsbegriff gibt.

Aber wie blicken die Menschen aus anderen Kontinenten auf Deutschland? Nehmen sie Deutschland möglicherweise stärker als einheitliche „Kultur- und Bildungsnation“ wahr, die sich gerade in kultureller Hinsicht von anderen europäischen Nationen unterscheidet? Und resultieren daraus Erwartungen an die deutsche Außenkulturpolitik, die mit dem Selbstverständnis und den Zielen kultureller Mittlerorganisationen in Deutschland nicht immer übereinstimmen?

R.G.: Wir erleben immer wieder, dass Deutschland vom Ausland oft als „das Land der Dichter und Denker“ wahrgenommen wird, das Beethoven und Kant und andere bedeutende Künstler und Philosophen hervorgebracht hat. Die Erwartung ist berechtigt, dass Organisationen wie das Goethe-Institut oder das Institut für Auslandsbeziehungen diese kulturellen Wurzeln im Ausland vermitteln. Dies ist nach wie vor für uns ein wichtiges Aufgabenfeld. Aber es ist meiner Überzeugung nach kein Widerspruch, wenn wir dabei betonen, dass das moderne Deutschland keinen einheitlichen, in sich geschlossenen Kulturraum darstellt, sondern sich infolge von Migrations- und Globalisierungsprozessen zu einer multikulturellen Nation entwickelt hat. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es eine homogene, ausschließlich von Deutschen gemachte Nationalkultur nie gab – oder können Sie mir sagen, ob Hildegard von Bingen eine deutsche Komponistin ist, wo im Mittelalter noch kein deutscher Nationalstaat existierte? Gerade die großen Werke der Literatur, Musik und Philosophie des 18., 19. und 20. Jahrhunderts, die im Ausland das Bild von Deutschland als „Kultur- und Bildungsnation“ prägen, spiegeln die vielfältigen Einflüsse europäischer und außereuropäischer Kulturen auf ihre Urheber.

Deshalb muss gerade die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gegenüber ihren Partnern zum Ausdruck bringen, dass Deutschland eine offene und in sich vielfältige Kulturnation ist, die Mitglieder anderer Kulturen zur Teilhabe einlädt. Das kulturelle Leben in Deutschland schließt eben auch Künstlerpersönlichkeiten wie Fatih Akin, Sudabeh Mohafez oder Ilija Trojanow ein. Die Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die von der Robert Bosch Stiftung mit dem Chamisso-Preis ausgezeichnet worden sind, sind nicht deutscher Herkunft, aber schreiben auf deutsch und gehören selbstverständlich zu unserer Kultur, ja sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Dynamisierung des Literaturbetriebs in Deutschland. Die Liste der Namen ist lang und prominent.



Sollten diese Grundlagen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht stärker als bisher in die deutsche Öffentlichkeit kommuniziert werden?

B.T.: Es ist ein alter Wunsch, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ihre Wirkungen auch nach innen entfaltet. Darüber hat es schon zahlreiche Gespräche gegeben, aber wir sind in dieser wichtigen Frage nicht wirklich vorangekommen. Möglicherweise bietet die Bayreuther Jahrestagung des WKA eine Gelegenheit, den Faden wieder aufzunehmen und konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

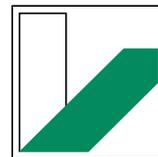
R.G.: Ein strukturelles Problem besteht darin, dass 95 Prozent der Aktivitäten des ifa, bzw. der Mittler überhaupt, im Ausland stattfinden. Unter dieser Voraussetzung ist es schwierig, die deutsche Öffentlichkeit zu erreichen und hier eine Lobby für die Außenkulturpolitik aufzubauen. Aber zweifellos müssen wir im eigenen Land das Bewusstsein dafür schärfen, wie wichtig die Außenkulturpolitik ist und an welche kultur- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse sie anknüpft.

Deutschland im demographischen Wandel

In den kommenden Jahrzehnten wird sich der Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland erheblich ändern. Schon heute liegt das Durchschnittsalter der Menschen in Deutschland bei deutlich über 40 Jahren, während es in den meisten Ländern Südamerikas oder Afrikas teilweise weit unter 30 Jahren liegt und künftig wohl noch weiter absinken wird. Welche Folgen hat es für das Erscheinungsbild Deutschlands im internationalen Kontext, wenn der demographische Wandel mit seinen sozialen und wirtschaftlichen Folgen hierzulande immer stärker auf kulturelle Entwicklungen und Bildungsprozesse einwirkt? Wird Deutschland dann zunehmend als „alternde Nation“ wahrgenommen? Und ergeben sich daraus neue Herausforderungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik?

B.T.: Ich selbst kann in dieser Hinsicht nur über die Erfahrungen berichten, die ich während meiner Forschungsaufenthalte und meiner Lehrtätigkeit im Maghreb gesammelt habe. Im Maghreb, und wahrscheinlich in der ganzen arabischen Welt, erlebt man immer wieder einen hohen Respekt vor dem Alter. Diese Trennung der Generationen, die in Deutschland anzutreffen ist und bisweilen mit einer gewissen Verächtlichkeit gegenüber älteren Personen einhergeht, habe ich im kultivierten und gebildeten Milieu in Nordafrika nirgendwo entdeckt. Der Respekt vor dem Alter verbindet sich hier mit einem positiven Deutschlandbild. Deutschland wird sehr geachtet, und zwar nicht unbedingt als besonders liebenswürdiges Land, aber als Land der Experten, vor allem des technischen Wissens.

Ein Interesse an der demographischen Entwicklung in Europa besteht natürlich schon, auch wenn öffentlich kaum darüber gesprochen wird. Dieses Interesse dreht sich im Kern um die Frage, ob Deutschland und andere europäische Länder eines Tages Arbeitsplätze für gut qualifizierte Einwanderer schaffen werden, weil der eigene Nachwuchs nicht ausreicht. Man hofft, dass Europa eines Tages nichts anderes übrig bleibt, als auf die personellen Ressourcen im südlichen Mittelmeerraum zurückzugreifen. In den Ländern des Maghreb gibt es zahlreiche junge Männer – und Frauen – mit zum Teil hervorragenden



akademischen Qualifikationen, aber ohne realistische Aussicht auf berufliche Positionen, in denen sie ihre Fähigkeiten im eigenen Land adäquat entfalten können. Ich denke, Deutschland wäre gut beraten, seinen Arbeitsmarkt für diese qualifizierten, durch Studien in Europa oder Nordamerika oft hochqualifizierten Fachkräfte zu öffnen.

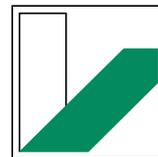
Der europäische Einigungsprozess und die deutsche Außenkulturpolitik

Welche Aufgaben stellen sich für die Außenkulturpolitik Deutschlands im Hinblick auf Europa? Gelegentlich habe ich den Eindruck, dass in Politik und Medien die Auffassung verbreitet ist, das Zusammenwachsen Europas und die damit einhergehende Stärkung der europäischen Institutionen würden dazu führen, dass die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn in diesem Prozess gleichsam aufgehen und keiner eigenständigen Pflege mehr bedürfen. Aber verhält es sich nicht genau umgekehrt? Ist es nicht vielmehr erforderlich, die Auswärtigen Beziehungen, die Deutschland mit seinen Nachbarn in Europa unterhält, vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses nicht zuletzt im kulturellen Bereich weiter zu entwickeln und zu intensivieren?

B.T.: Ja, das ist richtig, wobei wir auch in diesem Zusammenhang einen offenen, dynamischen Kulturbegriff zugrunde legen müssen. Der europäische Einigungsprozess auf politischer und wirtschaftlicher Ebene wird aller Voraussicht nach nicht dazu führen, dass sich eine uniforme europäische Kultur herausbildet. Im Gegenteil, Europa wird auch künftig durch eine Vielfalt unterschiedlicher, miteinander vernetzter Kulturen geprägt sein. Es ist gerade eine Stärke Europas, dass es ein System von Teilkulturen darstellt, die in einem Verhältnis wechselseitiger Entfaltung zueinander stehen. Diese Teilkulturen gewinnen ihre Dynamik nicht zuletzt daraus, dass sie ständig neues Wissen, das von außen auf sie eindringt, aufnehmen und verarbeiten müssen. Dementsprechend werden auch die Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitiken der europäischen Länder auf absehbare Zeit nicht miteinander verschmelzen. Vielmehr werden sie auch in Zukunft unterschiedliche Akzente setzen. Die Europaschulen, an denen Lehrer und Schüler aus verschiedenen Ländern zusammenleben, sind ein anschauliches Beispiel dafür, dass eine gemeinsame Europa-Orientierung verschiedene national bedingte Betrachtungsweisen nicht aufhebt. Ein Geschichtslehrer aus England setzt im Geschichtsunterricht andere Schwerpunkte als sein Kollege, der aus Spanien stammt und an der gleichen Schule unterrichtet.

EUNIC – das größte Kulturnetz in Europa. Perspektiven für eine gemeinsame europäische Kulturpolitik

Welche Chancen sehen Sie vor diesem Hintergrund für eine gemeinsame Kulturpolitik der Europäischen Union, die den europäischen Kultur- und Bildungsraum als Ganzen in anderen Regionen der Welt vertritt und interkulturelle Dialoge in Gang setzt? Ist beispielsweise zu erwarten, dass Catherine Ashton, die neue Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, eines Tages mit Kompetenzen auf dem Gebiet der Auswärtigen Kulturpolitik ausgestattet wird?



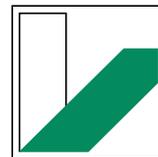
R.G.: Es gibt hinsichtlich einer europäischen Kulturpolitik ein auffälliges Vakuum. Das lässt sich beispielsweise daran ablesen, dass der Auswärtige Dienst der EU mit Catherine Ashton an der Spitze keine Kulturabteilung hat und auch in absehbarer Zukunft nicht erhalten wird. Auch das EU-Sekretariat, das auf Initiative von Präsident Sarkozy in Barcelona mit dem Ziel gegründet wurde, die Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum in die Zukunft zu entwickeln, hat keine kulturelle Ausrichtung. Man kümmert sich dort um zweifellos wichtige Themen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Energieversorgung oder Sicherheitspolitik, aber für kulturelle Fragen hat das Sekretariat keine Kompetenzen. Der europäische Status quo schreitet daher geradezu nach einem Mandat für eine europäische Innenkulturpolitik und für eine Kulturpolitik Europas gegenüber dem nicht-europäischen Raum.

Ein sehr geeigneter Träger eines solchen Mandats wäre meiner Auffassung nach der Dachverband der europäischen Kulturinstitute: Unter dem Namen EUNIC (European Union National Institutes of Culture) haben sich rund 30 Kulturinstitute und -organisationen aus 26 europäischen Ländern zusammengeschlossen, darunter auch das ifa. Dieser Verbund repräsentiert – sei es durch Vollinstitute, Bibliotheken oder andere Einrichtungen – weltweit 1008 Kulturstandorte. EUNIC ist das größte Kulturnetz in Europa, möglicherweise sogar das größte Kulturnetz weltweit. Die Idee, diesem Verbund ein Mandat für europäische Kulturpolitik zu übertragen, hat nicht zuletzt deshalb einen besonderen Charme, weil die darin kooperierenden Mittlerorganisationen mehr oder weniger unabhängig sind, also in einem gewissen Rahmen frei von außenpolitischen Vorgaben agieren können. Es gibt zahlreiche EUNIC-Mitglieder, die ähnlich wie das ifa und das Goethe-Institut durch Rahmenverträge an ihre nationalen Außenministerien gebunden sind; andere Mitglieder wiederum sind Bestandteile von Außenministerien; aber es gibt auch unabhängige, nicht-staatliche Stiftungen unter den Mitgliedern. EUNIC wäre ein hervorragend geeigneter Akteur für eine glaubwürdige und nachhaltige Kulturpolitik Europas; alle seine Mitglieder haben sich bewährt im Bau von Brücken zwischen Wissenschaft, Kultur und Praxis. Wenn sich das Europäische Parlament oder der Europäische Rat von diesem Verbund beraten ließen, wäre das eine ausgesprochen kluge und zukunftsweisende europäische Kulturpolitik.

Gibt es Überlegungen, dass sich EUNIC für ein derartiges Mandat bewirbt?

R.G.: Ja, demnächst treffen sich die „Heads“ – also die Generalsekretäre, Direktoren, Leiter – der EUNIC-Mitgliedereinrichtungen in Bukarest. Hier werden wir darüber diskutieren, wie wir unsere Expertise in die Waagschale werfen können, um insbesondere gegenüber den Institutionen der EU deutlich zu machen: Wir sind die Richtigen, um die europäische Kulturpolitik nach innen und nach außen voranzutreiben.

Ich will in diesem Zusammenhang noch hinzufügen, dass das Institut für Auslandsbeziehungen – unterstützt durch die Robert Bosch Stiftung – die Publikationsreihe „Kulturreport Fortschritt Europa“ herausgibt; vor kurzem ist darin ein Band zum Thema „Literatur in Europa“ erschienen. Dieser Kulturreport soll, so ist es geplant, das jährliche Publikationsorgan von EUNIC werden. Für die 26 Länder, die über ihre Mittlerorganisationen in EUNIC vertreten sind, wird diese Publikationsreihe ein vorzügliches Instrument ihrer Außenkultur-



politik sein. Sie kann sich zu einem wertvollen Forum für ein gemeinsames Agenda-Setting im Bereich der europäischen Kulturpolitik entwickeln.

Neue Chancen durch die Neuen Medien

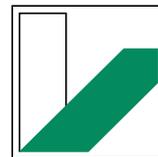
Welche Rolle können und sollten die Neuen Medien in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik spielen? In den letzten Jahren waren Sie, Herr Professor Thum, an der kulturwissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Universitäten im Maghreb wesentlich beteiligt; nämlich am Studienzentrum Multimedia der geisteswissenschaftlichen Fakultät am Karlsruher Institut für Technologie. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie europäische und nordafrikanische Universitäten die Neuen Medien über Kulturgrenzen hinweg für Lehre und berufliche Weiterbildung nutzen können. Welche Erfahrungen, die Sie im Laufe dieses Projekts sammeln konnten, sind aus Ihrer Sicht von besonderem Interesse?

B.T.: Die neuen Informations- und Kommunikationsmedien eignen sich hervorragend, um über große räumliche Distanzen hinweg einen Wissensaustausch und wissenschaftliche Kooperationen zu organisieren. Ein besonderer Vorteil liegt darin, dass Wissens Elemente, die über das Internet vermittelt werden, durch Hypertexte kommentiert werden können. Der Hypertext ist ein wunderbares Mittel, die gleichen Inhalte von verschiedenen Standpunkten aus zu reflektieren und zu kommentieren. Mit wenigen Mausclicks kann man der Reihe nach abrufen, was beispielsweise Studierende in Deutschland und was arabische Wissenschaftler in Nordafrika zu einem bestimmten Thema sagen. Diese unterschiedlichen Positionen lassen sich dann gleichsam auf einer höheren Ebene so zusammenführen, dass ein integriertes, von beiden Seiten getragenes Wissen entsteht. Hierbei kann man hervorragend mit Wiki-Systemen arbeiten, die es allen Beteiligten ermöglichen, ihre jeweiligen Auffassungen in gemeinsam produzierte Textdokumente einzubringen. Weitere Vorteile des Internets sind natürlich die Techniken der Visualisierung, die Bildung von kommunikativen Netzwerken oder die Einrichtung von Lernplattformen – „blended online learning“ lautet hier das Stichwort.

Ich will aber zugleich betonen, dass es nicht ausreicht, allein über das Internet zu kommunizieren. Unser Lehr- und Medienentwicklungsprojekt mit den nordafrikanischen Universitäten hat gezeigt, dass es auch reale Begegnungen geben muss, damit wechselseitiges Vertrauen entsteht und sich unter allen Beteiligten eine persönliche Kommunikation entwickeln kann.

Eine weitere Erfahrung lautet: Wenn persönliche Kontakte etabliert sind, muss man in die Internet-Kommunikation Geld investieren. Es ist unbedingt erforderlich, eine Tutorin oder einen Tutor einzustellen, der die Online-Kommunikation begleitet und beispielsweise eingreift, wenn der Kommunikationsprozess ins Stocken gerät. Nur so ist gewährleistet, dass über längere Zeiträume hinweg integrierte Wissensbestände aufgebaut werden können.

Wollen Sie auf der Grundlage dieser Erfahrungen ein Internet-Portal für die neue Gesellschaft „Wissensraum Europa – Mittelmeer“ aufbauen?



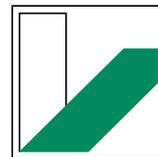
B.T.: Ja, das ist in der Tat unsere Absicht, wobei wir darauf hinarbeiten werden, dass die Teilnehmer aus Europa und Nordafrika ihre jeweiligen thematischen Interessen in den Wissensaustausch einspeisen können. Wir wollen von vornherein ein Defizit vermeiden, das ich mit einer Gruppe von Studierenden festgestellt habe, als wir uns vor einigen Jahren mit den Internet-Auftritten deutscher Mittlerorganisationen befasst haben. Vieles hat uns dabei positiv beeindruckt. Aber es ist uns aufgefallen, dass in den thematischen Dossiers nahezu ausschließlich Fragen behandelt wurden, die in der deutschen oder der europäischen Öffentlichkeit diskutiert werden – zum Beispiel das Kopftuch oder der Dialog der Religionen, die erst nach und nach auch zu Themen öffentlicher Diskurse in der arabischen Welt werden. Bei der Konzeption eines Internet-Portals für die Gesellschaft „Wissensraum Europa – Mittelmeer“ wollen wir darauf achten, dass neben deutschen und europäischen Themen gleichberechtigt auch solche Themen zum Zuge kommen, die die Menschen in Nordafrika aus ihren eigenen Debatten heraus bewegen. Andernfalls würden wir unser Ziel verfehlen, das Web als Medium für die Schaffung eines gemeinsamen Wissens- und Bildungsraums zu nutzen.

R.G.: Dieses Vorhaben kann ich nur mit Nachdruck unterstützen. Wir können eine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nur dann sinnvoll betreiben, wenn wir unsere jeweiligen Partner als gleichberechtigt behandeln, wenn wir gemeinsam mit ihnen Fragestellungen entwickeln und bearbeiten, die für alle Beteiligten relevant sind. Diese Grundvoraussetzungen unserer Arbeit sind weit entfernt von einer Programmatik, die lediglich auf Imagebildung im Ausland abzielt.

Kompetenzen und Aufgaben der Interkulturellen Germanistik

In Deutschland ist die Interkulturelle Germanistik als eigener Zweig der deutschen Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft mittlerweile fest etabliert. Die Universitäten in Karlsruhe und in Bayreuth haben an dieser Entwicklung nicht unwesentlich mitgewirkt. Die Interkulturelle Germanistik liefert heute hochgeschätzte Forschungsbeiträge zu Konzeptionen und Initiativen auf dem Gebiet der Außenkulturpolitik, wobei sie mit anderen Disziplinen – wie etwa der Angewandten Linguistik, der Kulturpädagogik oder der Soziologie – kooperiert. Würden Sie sagen, dass die Interkulturelle Germanistik in die Rolle einer wissenschaftlichen Leitdisziplin für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands hineingewachsen ist?

R.G.: Von einer Leitdisziplin würde ich ungern sprechen, eben weil es zahlreiche andere Wissenschaften gibt, deren fachliche Expertise für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ebenfalls sehr wertvoll ist. Aus meiner Sicht brauchen wir Foren, in denen – allgemein gesagt – Produzenten von Gedanken zusammenkommen, um über interkulturelle Prozesse, über Kultur- und Bildungsräume oder über grenzüberschreitende Netzwerke zu reflektieren. An derartigen Foren sollten nicht nur Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen teilnehmen, sondern auch Künstler und Kulturschaffende. In gewisser Weise kann ich Künstler als Wissenschaftler betrachten, insofern sie ihre jeweiligen ästhetischen Mittel einsetzen, um grundlegende kulturelle und gesellschaftliche Fragen zu reflektieren.



Es gibt heute eindrucksvolle Beispiele dafür, wie bildende Künstler auf philosophische, soziologische oder psychologische Art über den Zustand von Gesellschaften reflektieren, die die aktuellen Klimaprobleme verursacht haben. Kunstwerke, die aus solchen Reflexionen hervorgegangen sind, haben meiner Auffassung nach durchaus den Status einer wissenschaftlichen Expertise.

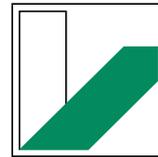
Die Interkulturelle Germanistik hat sich in den letzten Jahrzehnten insbesondere auch dadurch verdient gemacht, dass sie den kulturellen Mittlerorganisationen in vorbildlicher Weise gezeigt hat, wie man interdisziplinär arbeitet. Es ist kein Zufall, dass die bevorstehende WKA-Tagung an der Universität Bayreuth in enger Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Germanistik konzipiert worden ist. Auch wenn ich sie nicht als Leitdisziplin bezeichnen will, so verfügt die Interkulturelle Germanistik doch über hervorragende Kompetenzen hinsichtlich der Initiierung und Moderierung breit angelegter Diskussionsforen, wie sie mir erstrebenswert scheinen.

B.T.: Dieser Einschätzung schließe ich mich an, wobei ich daran erinnern will, dass die Interkulturelle Germanistik sich gegen starke Widerstände durchsetzen musste, bevor sie ihre heutige Bedeutung erreicht hat. Eigentlich gab es sie ja schon lange, nämlich in der Auslandsgermanistik und in grenzüberschreitenden Kooperationen von Germanisten aus deutsch- und fremdsprachigen Ländern. Aber als Idee, als Konzept, als Institution hat sich die Interkulturelle Germanistik, auf Grund von Impulsen und Entwürfen aus dem Fach Deutsch als Fremdsprache, erst in den 80er Jahren entwickelt – gegen manche polemischen Angriffe seitens der klassischen Germanistik. Damals hat man den interkulturellen Germanisten kryptokolonialistische Absichten unterstellt oder behauptet, sie würden als Handlanger der deutschen Exportwirtschaft dienen.

Diese oftmals ideologisch geprägten Kontroversen lassen sich heute kaum noch nachvollziehen. Die Interkulturelle Germanistik ist heute eine allseits anerkannte Disziplin, die viel für die Internationalisierung der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft geleistet hat. Es ist vor allem ihren Impulsen zu verdanken, dass Wissenschaftler aus Japan, Afrika, der arabischen Welt oder Amerika mit ihren Publikationen gelegentlich auch in den klassischen germanistischen Fachzeitschriften vertreten sind und so das Kulturwissen ihrer eigenen Zivilisationen in die Germanistik einbringen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur kurz auf die Gesellschaft für Interkulturelle Germanistik (kurz: GIG) hinweisen, die unter ihrem Vorsitzenden – Professor Hess-Lüttich in Bern – eine sehr erfolgreiche Wissenschaftspolitik betreibt, vor allem in Form von internationalen Konferenzen. Diese finden oftmals nicht in Deutschland, sondern beispielsweise in Istanbul oder Kairo statt und fördern dadurch die europa- und weltweite Zusammenarbeit der Germanisten. Die Interkulturelle Germanistik ist allerdings nur an wenigen Universitäten als Studiengang oder als Ausbildungsmodul etabliert; allein schon unter diesem quantitativen Aspekt kann sie nicht die Funktion einer wissenschaftlichen Leitdisziplin übernehmen.

Wie verhält es sich in benachbarten Philologien, etwa in der Hispanistik, der Romanistik oder der Anglistik? Gibt es beispielsweise Ansätze einer Interkulturellen Hispanistik, die



mit ihren spezifischen Fachkompetenzen daran mitwirkt, die Auswärtige Kulturpolitik Spaniens wissenschaftlich zu flankieren? Oder ist die Herausbildung einer auf interkulturelle Prozesse ausgerichteten Germanistik im Vergleich mit anderen Philologien eher eine wissenschaftliche Sonderentwicklung?

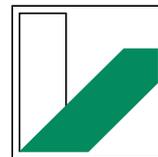
B.T.: Nein, durchaus nicht. In der Hispanistik gibt es ein wachsendes Interesse an den interkulturellen Prozessen, die aus den historischen Beziehungen Spaniens zum nordafrikanischen Raum und aus der Geschichte Andalusiens resultieren. Vergleichbare Tendenzen sind auch in den Philologien Frankreichs und Englands zu beobachten. Hier wendet man sich verstärkt den postkolonialen Literaturen zu. Nicht nur Thomas Hardy, sondern insbesondere auch interkulturell geprägte Autoren wie V. S. Naipaul sind Gegenstand der anglistischen Forschung und Lehre. Die Öffnung für interkulturelle Themen und die dadurch bewirkte Dynamisierung der philologischen Forschung ist heute also keineswegs eine Besonderheit der Germanistik.

Wissenschaftliche Begleitung Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik: Intensivierung der Zusammenarbeit mit Hochschulen im In- und Ausland

Wo sehen Sie besonders dringende Forschungsaufgaben, was die wissenschaftliche Begleitung Auswärtiger Bildungs- und Kulturpolitik betrifft?

R.G.: Nahezu in allen Bereichen, die wir bisher angesprochen haben. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sieht sich von vielen Seiten mit enormen Ansprüchen konfrontiert, so dass sie auf wissenschaftliche Expertise dringend angewiesen ist. Das beginnt schon damit, dass wir als kulturelle Mittlerorganisationen profunde theoretische Grundlagen brauchen. Wie sieht ein moderner Kulturbegriff aus, der Kulturen nicht als konstante Größen, sondern als Prozesse in Zeit und Raum bestimmt, die sich neu herausbilden und auch enden können? Was meinen wir genau, wenn wir beispielsweise von „Ökologischer Kultur“ oder von „Frauenkultur“ sprechen? Ebenso scheint mir die theoretische Reflexion über die keineswegs triviale Frage, was eigentlich „Netzwerke“ sind, eine spannende Herausforderung zu sein.

Und auch in konkreten Anwendungsbereichen wird die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nur mit nachhaltigem Erfolg agieren können, wenn sie mit wissenschaftlicher Forschung kooperiert – ich denke etwa an das Verhältnis zwischen nationaler Kulturvertretung und europäischem Einigungsgedanken oder an die Schnittflächen zwischen Kultur und Konfliktprävention, Kultur und Entwicklungszusammenarbeit, Kultur und Klimapolitik. Auch die Medialisierung interkultureller Prozesse ist ein großes Thema, dem die Mittlerorganisationen nur gerecht werden können, wenn sie auf die Expertise der Wissenschaft zurückgreifen. Und wenn wir künftig einen Schwerpunkt auf den „Wissensraum Europa – Mittelmeer“ legen, in dem sich seit der Antike eine Vielzahl politischer, religiöser und sozialer Konflikte überlagern, dann benötigen wir wissenschaftliche Erkenntnisse, die sich nur in fächerübergreifenden Kooperationen gewinnen lassen.



Vor diesem Hintergrund wird die Zusammenarbeit der Außenkulturpolitik mit Universitäten im In- und Ausland offensichtlich immer wichtiger ...

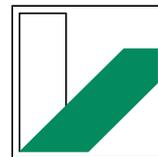
R.G.: Ja, zweifellos. Es würde mich sehr freuen, wenn es mehr Kontakte und Kooperationen der Universitäten mit Politikern und Praktikern im Bereich der Außenkulturpolitik gäbe. Die kulturellen Mittlerorganisationen haben die Expertise der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bislang nicht genügend in ihre Planungen und Aktivitäten einbezogen. Im Institut für Auslandsbeziehungen, das sich als eine Art Kompetenzzentrum für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik versteht, wollen wir uns noch entschiedener als bisher dafür einsetzen, dass Brücken zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis entstehen.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in der Hochschullehre

Hat die WIKA-Jahrestagung auch die Funktion, ein Qualifikationsprofil herauszuarbeiten, das Hochschulabsolventen mitbringen sollten, wenn sie in der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beruflich tätig werden wollen? Erwarten Sie, dass aus der Veranstaltung dementsprechende Anregungen für die Gestaltung von Studiengängen hervorgehen werden?

B.T.: Zunächst einmal muss man sich darüber im klaren sein, dass im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nur eine relativ geringe Anzahl neu zu besetzender Stellen zur Verfügung steht. Deshalb hielte ich es für problematisch, wenn Universitäten komplette Studiengänge anbieten würden, die speziell auf dieses Berufsfeld ausgerichtet sind. Derartige Studienangebote würden vermutlich bei den Studierenden Hoffnungen wecken, die von den kulturellen Mittlerorganisationen wegen der geringen Zahl offener Stellen nicht erfüllt werden können. Zu begrüßen wäre es allerdings, wenn innerhalb verschiedener Studiengänge Wahlmodule geschaffen werden könnten, die sich mit Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik befassen. Dabei müssten, wenn es zum Beispiel um das Thema Bildung als Gegenstand Auswärtiger Kulturpolitik geht, insbesondere auch diejenigen Themenfelder erörtert werden, die im Mittelpunkt des Bayreuther WIKA-Jahresworkshops stehen: (i) Deutsche Bildungstraditionen im Kontext kultureller Vielfalt – Sichtung und Neubewertung; (ii) Europäische und außereuropäische Bildungskonzepte – der Blick von/nach außen; (iii) Internationale Bildungszusammenarbeit – deutsche Mittlerorganisationen, Hochschulkooperationen und das Auslandsschulwesen, (iv) Bildungszusammenarbeit und Zivilgesellschaft.

Derartige Wahlmodule in Studiengänge unterschiedlicher Fächer zu integrieren, scheint mir noch aus einem weiteren Grund vorteilhafter zu sein als die Einrichtung komplett neuer Studiengänge. Es kommt den kulturellen Mittlerorganisationen zugute, wenn sich deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen „klassischen“ Wissenschaftsdisziplinen rekrutieren und auf unterschiedlichen Wegen zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gefunden haben. Diese Mischung der wissenschaftlichen Qualifikationen, der Fächerkulturen und der individuellen Biographien entspricht den Zielen der Mittlerorganisationen und ihrer internen Arbeitsatmosphäre viel besser als gleichartige Studienprofile, die von



vornherein nur auf die Anforderungen der Außenkulturpolitik zugeschnitten sind.

R.G.: Das sehe ich auch so. Wichtig ist uns, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während ihres Studiums eine ausgeprägte Fähigkeit entwickelt haben, interdisziplinär zu denken und zu handeln – und diese Fähigkeit kann man in ganz unterschiedlichen Fächern erwerben.

Der Bologna-Prozess im Kontext europäischer Kultur- und Universitätsgeschichte – Bildung im 21. Jahrhundert

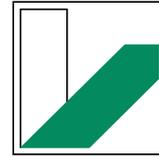
Der Bologna-Prozess, der auf die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums abzielt, hat mittlerweile zu tiefgreifenden Veränderungen in den deutschen Universitäten geführt. Die politischen Entscheidungsinstanzen in Bund und Ländern und ebenso die Wissenschaftsverwaltungen der einzelnen Hochschulen haben sich dabei vorrangig auf strukturelle Fragen konzentriert, wie etwa den Aufbau von Curricula und den Transfer von Leistungspunkten. Die europäische Universitäts- und Bildungsgeschichte ist jedoch – erstaunlicherweise – nahezu vollständig ausgeblendet worden; und dies, obwohl der gesamte Reformprozess nach einer Stadt benannt ist, die eine der ältesten europäischen Universitäten beherbergt.

In Ihrer wissenschaftlichen Laufbahn haben Sie, Herr Professor Thum, sich intensiv mit der Kultur und Literatur des Mittelalters befasst. Deshalb möchte ich Sie fragen, auch wenn es vielleicht anachronistisch klingt: Lassen sich aus einer vertieften Beschäftigung mit der europäischen Wissenschaftsgeschichte, einschließlich der transkulturellen und transregionalen Austauschprozesse im Mittelalter, Einsichten entwickeln, die der Entwicklung eines europäischen Bildungsraumes neue Impulse geben können?

B.T.: In der Tat hat der Bologna-Prozess die geschichtliche und kulturelle Dimension der europäischen Hochschulzusammenarbeit völlig vernachlässigt. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass sich die Hierarchie der Wissenschaften geändert hat. Führend und allgemein akzeptiert sind die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Und für diese Disziplinen ist selbst der Wissensraum Europa zu eng, zu klein. Auch die Berufung auf die europäische Geschichte ist eher hinderlich. Ein weiterer Grund liegt vermutlich darin, dass die EU lange Zeit kein eigenes Mandat für Kultur- und Bildungspolitik hatte. Und so hat sich in der EU kein institutionalisiertes Kulturbewusstsein entwickeln können; ihre Strukturen und Entscheidungsabläufe sind bis heute technokratisch geprägt. Aber eine erschöpfende Erklärung dafür, dass der Bologna-Prozess kulturelle und historische Aspekte ausgeblendet hat, habe ich auch nicht parat.

Ungeachtet dieser und anderer Defizite bin ich aber ein Befürworter des Bologna-Prozesses, denn insbesondere in den Geisteswissenschaften bringt die Umstellung auf das Bachelor-Master-System erhebliche Vorteile für die Studierenden mit sich, wenn sie verantwortlich und mit dem absolut notwendigen Engagement auch der Professoren vollzogen wird. Zugleich plädiere ich dafür – und dies ist kein Widerspruch –, dass die einzelnen Universitäten in Deutschland, vor allem die alten Universitäten wie Heidelberg oder

Blick in die Forschung



UNIVERSITÄT
BAYREUTH

Mitteilungen der Universität Bayreuth

Forschungsergebnisse – Kompetenzen – Graduiertenausbildung – Technologietransfer

Göttingen, wieder ein stärkeres Bewusstsein und auch Stolz auf ihre eigenen Traditionen entwickeln. Im Mittelalter waren die Hochschulen geprägt durch die „universitas“, die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, die als Leitbild keineswegs ausgedient hat. Die Universitäten Oxford und Cambridge und die Elitehochschulen in den USA orientieren sich noch heute an diesem historischen Vorbild, wenn sie ihren Studierenden eine exzellente Ausbildung mit einer individuellen Betreuung zuteil werden lassen.

Auch die Idee der akademischen Freiheit, wie sie sich im 19. Jahrhundert an den deutschen Universitäten herausgebildet hat, sollte heute nicht infrage gestellt, sondern vielmehr mit Nachdruck gestärkt werden. Sie kann wesentlich dazu beitragen, dass sich in Europa ein Verständnis von Bildung etabliert, das den Anforderungen gerecht wird, die sich aus interkulturellen Prozessen und der grenzüberschreitenden Integration von Wissen ergeben. Denn Bildung ist mehr als der Erwerb klar definierter Kompetenzen, so unbestreitbar notwendig diese sind. Zu einem Bildungsbegriff, der im 21. Jahrhundert auf der Höhe der Zeit ist, gehören ebenso ein weiter Blick auf die Welt und ihre Entwicklungen, die Fähigkeit zur differenzierten Wahrnehmung, die Integration von Wissens-elementen aus anderen Kulturen, die schlüssige Kombination von Wahrnehmungen und Wissensinhalten, die sich aus verschiedenen Quellen speisen. Hinsichtlich der Orientierung an einem derartigen Bildungsbegriff sehe ich in Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf.

Herr Grätz, Herr Professor Thum, haben Sie vielen Dank für dieses Gespräch!